
Macht und Herrschaft

Peter Imbusch (Hrsg.)

Macht und Herrschaft

Sozialwissenschaftliche Theorien
und Konzeptionen

2., aktualisierte und erweiterte Auflage



Springer VS

Herausgeber
Peter Imbusch
Bergische Universität Wuppertal,
Deutschland

ISBN 978-3-531-17924-7
DOI 10.1007/978-3-531-93469-3

ISBN 978-3-531-93469-3 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 1998, 2012

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
www.springer-vs.de

Inhaltsverzeichnis

Peter Imbusch

Macht und Herrschaft in der wissenschaftlichen
Kontroverse 9

Michael Pauen

Gottes Gnade und Bürgers Recht – Macht und Herrschaft
in der politischen Philosophie der Neuzeit 37

Joachim Hösler

Vom Traum zum Bewusstsein einer Sache gelangen –
Analyse und Kritik von Macht und Herrschaft durch
Karl Marx und Friedrich Engels 55

Miguel Tamayo / Talar Valentina Acemyan

Ewig minoren – Mosca, Pareto und Michels
über Macht und Herrschaft 73

Petra Neuenhaus-Luciano

Amorphe Macht und Herrschaftsgehäuse – Max Weber 97

Dirk Hülst

‘Nicht bei sich selber zu Hause sein’ –
Macht und Herrschaft bei Horkheimer und Adorno 115

Alex Demirovic

Löwe und Fuchs – Antonio Gramscis Beitrag zu einer
kritischen Theorie bürgerlicher Herrschaft 137

Anthony Giddens

‘Macht’ in den Schriften von Talcott Parsons 151

<i>Peter Imbusch</i> Machtfigurationen und Herrschaftsprozesse bei Norbert Elias	169
<i>Thomas Matys / Thomas Brüsemeister</i> Gesellschaftliche Universalien vs. bürgerliche Freiheit des Einzelnen – Macht, Herrschaft und Konflikt bei Ralf Dahrendorf	195
<i>Michael Becker</i> Die Eigensinnigkeit des Politischen – Hannah Arendt und Jürgen Habermas über Macht und Herrschaft	217
<i>André Brodocz</i> Mächtige Kommunikation – Zum Machtbegriff von Niklas Luhmann	247
<i>Georg Kneer</i> Die Analytik der Macht bei Michel Foucault	265
<i>Almut Zwengel</i> Goffman und die Macht – Chancen zur Thematisierung des Nichtthematisierten	285
<i>Alexandra König / Oliver Berli</i> Das Paradox der Doxa – Macht und Herrschaft als Leitmotiv der Soziologie Pierre Bourdieus	303
<i>Markus Baum / Thomas Kron</i> Von Gärtnern und Jägern – Macht und Herrschaft im Denken Zygmunt Baumans	335
<i>Andrea Maurer</i> Herrschaftsordnungen – Die Idee der rationalen Selbstorganisation freier Akteure von Hobbes über Weber zu Coleman	357

Birgit Sauer

„Die hypnotische Macht der Herrschaft“ – Feministische
Perspektiven 379

Peter Imbusch

Von Klassen und Schichten zu sozialen Lagen, Milieus
und Lebensstilen – Von der Machtversessenheit
zur Machtvergessenheit? 399

Lars Alberth

Wozu der Körper noch ‚Ja‘ sagt, wenn der Geist
‚Nein‘ sagt 427

Mark Herkenrath

Macht, Herrschaft und die Rolle oppositioneller Akteure
im Weltsystem 451

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren 473

Vom Traum zum Bewusstsein einer Sache gelangen – Analyse und Kritik von Macht und Herrschaft durch Karl Marx und Friedrich Engels

Joachim Hösler

In memoriam Jürgen Kuczynski
(17.9.1904 - 6.8.1997)

1. Einführung

Das Werk von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895) war wie kein anderes im 19. und 20. Jahrhundert in politischen Machtkämpfen und in Herrschaftssystemen präsent. Erwartet man aber, dass ‘Macht’ und ‘Herrschaft’ in ihrem Denken klar definiert waren, so überrascht der Blick in relevante deutschsprachige Nachschlagewerke: Oft bleibt die Suche nach dem Machtbegriff erfolglos¹, der Herrschaftsbegriff ist nur in wenigen Enzyklopädien zu finden.² Es dominieren die Verweise auf angrenzende Problemfelder wie Anarchie, Ideologie, Kommunismus und Staat (Kumpf 1983), Klassenherrschaft, herrschende Klasse, Herrschaftsverhältnisse (Fetscher 1976) u. a.

Die lexikalischen Darlegungen zu ‘Macht’ bei Marx und Engels betonen die ökonomische Herleitung des Begriffs, seine dialektische Betrachtung und die zentrale Bedeutung der Machtfrage als Grundfrage der Revolution (Labica/Bensussan 1985: 807ff.; Beyme/Kernig 1971: 244ff.). In dem Bemühen, eine ‘marxistisch-leninistische’ Definition zu bieten, bestimmen als einzige die Autoren des letzten philosophischen Wörterbuches der DDR Macht als „materielle und (oder) geistige Herrschaft von Menschen über Menschen, insbesondere einer Klasse über andere.“ (Klaus/Buhr 1976: 733; vgl. Beyme 1968: 1218) Die ‘Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften’, in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auf den Weg gebracht, um der internationalen Marxismus-Diskussion Impulse zu verleihen, akzentuiert

¹ Das Sachregister der Marx-Engels-Werke, das Marx-Engels-Begriffslexikon, das Marx-Wörterbuch der Marx-Engels-Stiftung in Trier und Iring Fetscher in seiner lexikalischen Einführung verzichten auf den Machtbegriff (siehe Sandkühler 1983; Lotter/Meiners/Treptow 1984; Kumpf 1983; Fetscher 1976).

² Explizit mit dem Herrschaftsbegriff befassen sich Lotter/Meiners/Treptow (1984: 149-152), Beyme (1968: 1218-1231) und Klenner (1990).

die Nähe und partielle Überschneidung der Begriffe Macht, Herrschaft und Gewalt (Klenner 1980).

Marx und Engels definieren die Termini nicht explizit, obwohl den damit umschriebenen Problemfeldern eine zentrale Bedeutung in ihren Schriften zukommt. Abwechselnd und ohne saubere Abgrenzung gebrauchen sie die Begriffe Macht, Staatsmacht, Gewalt, Staatsgewalt, Herrschaft, Klassenherrschaft, Autorität, Hegemonie, Diktatur; sie schreiben über Ausbeutung, Unterjochung, Knechtung und Entfremdung, sie operieren mit den im Gesamtwerk bzw. im Verständnis der nachkommenden sozialistischen Theoretiker dann doch inhaltlich umrissenen, aber auch umstrittenen Begriffen „Diktatur des Proletariats“, „Diktatur der Bourgeoisie“, „Formation“, „Gesellschaftsformation“ u.a. (Schleifstein 1983: 69ff.; Naumann 1983; Petzold 1990: 578f.; Tjaden 1990: 88ff., 1990a: 400ff.). Marx und Engels bilden mit dieser begrifflichen Unschärfe keine Ausnahme, da die „Vielfältigkeit des Machtvokabulars“ (Faber/Iltting/Meier 1982: 822) seit den griechischen Philosophen und bis in die Gegenwart hinein über alle Traditionsbrüche hinweg ein Kontinuum darstellt. Ihr Verdienst ist nach Hermann Klenner in dem Bemühen zu sehen, den objektiven Stellenwert von Macht, Herrschaft und Gewalt in der Menschheitsgeschichte allgemein und das Beziehungsgeflecht zwischen ökonomischer, politischer und ideologischer Macht im Besonderen herauszuarbeiten (Klenner 1990: 117). Dabei geht es Marx und Engels darum, die Bedingungen von Macht, die Widersprüche von Herrschaftsverhältnissen und die Möglichkeiten von Machtverschiebungen sowie letztlich des Machtabbaus aufzuzeigen. Dem liegt eine dialektisch-materialistische Auffassung von Geschichte und Gesellschaft zugrunde (vgl. Kromphardt 1980: 124ff.; Kraiker 1996: 80ff.).

2. Materialistische Begründung politischer und staatlicher Macht

Dem historisch-materialistischen Geschichtsverständnis zufolge besteht die erste Voraussetzung menschlicher Existenz darin, dass die Menschen ihre primären Lebensbedürfnisse befriedigen. „Die erste geschichtliche Tat ist ... die Produktion des materiellen Lebens ..., eine Grundbedingung, die ... täglich und stündlich erfüllt werden muß.“ (Marx/Engels 1932: 28) Dabei gehen die Menschen zwangsläufig Beziehungen untereinander (Produktionsverhältnisse) und zur Natur (Produktivkräfte) ein (Marx 1859a: 8). Die wichtigste Produktivkraft stellen die Menschen mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten dar.

Weil jede Generation mit diesem Tatbestand konfrontiert sei und bestimmte Strukturen vorfinde, somit nicht aus freien Stücken und vollständig nach den eigenen Vorstellungen zu handeln beginnen könne, bedinge die von den Menschen täglich praktizierte Produktionsweise des materiellen Lebens „den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (Marx 1859a: 8f.)

Damit betonen Marx und Engels, dass gesellschaftliches und individuelles Bewusstsein sich auf der Grundlage materieller Produktion und Vergegenständlichung herausbilden und in Bezug auf das Handeln von Individuen und Gruppen (Klassen) in diesem Produktionsprozess erklären lassen. Dabei ist die Heterogenität des Seinsbegriffs zu beachten, der die Gesamtheit der Produktionsweise, die Herrschaftsverhältnisse, Familienbeziehungen und praktische Tätigkeiten im Alltag umfasst. Über konkrete Herrschaftsformen und deren mögliche Auflösung entscheide die Frage, wie die Beziehung zwischen Produzenten und Produktionsmitteln geregelt sei. „Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten“, worin Marx „das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform“ erkennt (Marx 1894: 799 f.). Jede Form von Unterjochung und Ausbeutung basiere auf der Verfügung über Produktionsmittel – einen überdurchschnittlichen „Vermögensbesitz“, schreibt Engels im ‘Anti-Dühring’. Dieser Besitz sei im wesentlichen Ergebnis eines ökonomischen Prozesses (Engels 1894: 150; vgl. Marx 1890: 777ff.). Die historische Entstehung und Entwicklung von Besitzunterschieden lasse sich rein ökonomisch erklären, ohne in der Ursachenanalyse auf Raub, Gewalt oder staatliche Intervention rekurren zu müssen.³

Herrschaftsverhältnisse existieren demnach immer dann, wenn es sich bei Produzenten und Produktionsmittelbesitzern um verschiedene Bevölkerungsgruppen handelt. Werner Hofmann definiert Herrschaft zutreffend im Sinne von Marx und Engels als sozio-ökonomischen Tatbestand der Gesellschaft, der gekennzeichnet sei durch die „Aneignung fremder Arbeitsleistung durch Nichtarbeitende“ auf der Grundlage der Verfügungsgewalt über die Wirtschaftsmittel.⁴ Demgegenüber zähle Macht zum Phänotypus der Gesellschaft;

³ „Es ist doch klar, daß die Einrichtung des Privateigentums schon bestehn muß, ehe der Räuber sich fremdes Gut *aneignen* kann; daß also die Gewalt zwar den Besitzstand verändern, aber nicht das Privateigentum als solches erzeugen kann.“ (Engels 1894: 151f.)

⁴ In diesem Fall spricht Hofmann auch von der „herrschaftsbestimmten“ Aneignung des Arbeitsertrags im Gegensatz zur „gemeinschaftsbestimmten.“ (siehe Hofmann 1969: 28-30).

sie spiele sich im Bereich gesellschaftlicher Beziehungen ab, beruhe auf Befugnissen und erhalte ihren besonderen sozialen Inhalt durch die Bezugnahme auf Herrschaft. Das sozio-ökonomische Verhältnis zwischen Produzenten und Nutznießenden finde seine Entsprechung in den politischen und ideologischen Zuständen, im institutionellen und ideellen Überbau einer Gesellschaft, welcher der Herrschaftsabsicherung diene (Hofmann 1969: 29; Engels 1894: 82).

Die Kritik, hier handle es sich um Ökonomismus, ist vielfach erhoben worden (vgl. Becker 1986: 46-84). In seinen sogenannten Altersbriefen (Berthold 1983) hat Engels auf zeitgenössische Kritiker zu reagieren versucht. Er konzidiert darin, dass Marx und er in den Polemiken mit denjenigen, die das „Hauptprinzip“ leugneten, es versäumt hätten, auf die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente hinzuweisen (Engels 1890: 465). Ihnen einen monokausalen Ökonomismus vorzuwerfen, sei jedoch wie „gegen Windmühlen“ zu kämpfen. Marx und ihm sei immer klar gewesen, dass für politische, rechtliche, kulturelle und geistige Prozesse die „Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens“ keineswegs das einzige, wohl aber „das *in letzter Instanz* bestimmende Moment“ sei. „Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.“ (Engels 1890: 463) Elemente des Überbaus entfalten eine relative Selbständigkeit und eine gewisse Eigendynamik, wodurch sie nicht unerheblich auf die ökonomische Basis zurückwirken, diese modifizieren, ihre Entwicklung fördern oder hemmen könnten. Insgesamt handelt es sich um eine Wechselwirkung sehr ungleicher Kräfte, so dass Marx und Engels verschiedene Determinationsmodi kannten (Engels 1890a: 494; Marx 1859a: 8f.; vgl. Fleischer 1969: 130). Die Korrelation zwischen ökonomischen Verhältnissen und politischer, geistig-kultureller Tätigkeit muss nach Helmut Fleischer nicht als Kausalverhältnis, sondern als eine „Fundierungs-Relation“ gesehen werden: Das eine (materielle Existenzsicherung) ist die Grundlage des anderen (Politik, Ideologie, Kultur). Dies impliziert weder einen Wertvorrang materieller Güter noch die ständige Dominanz entsprechender Bedürfnisse, sondern bedeutet ein Seinsprimat. Der Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse setzen keine Denk- und Handlungszwänge, sondern erschließen Möglichkeitsbedingungen, die durch tätige Subjekte aktualisiert werden müssen (vgl. Fleischer 1969: 130ff.; Braun 1978: 23).

3. Verschiedene Herrschaftsformen in den historischen Epochen

Die Verschiedenartigkeit von Herrschaftsformen in der Geschichte ergibt sich für Marx und Engels aus den unterschiedlichen Kombinationen von Produzenten und Produktionsmitteln, die in der Produktionsweise eine Einheit bilden, welche als ökonomische Gesellschaftsformation gefasst wird. Aus der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, in der der Produktivkraftentwicklung die letztlich bestimmende Rolle zugemessen wird, ergibt sich demnach eine Abfolge der Formationen (Marx 1859a: 9; Kraiker 1996: 88ff.), die von Marx und Engels als „naturgeschichtlicher Prozeß“ (Marx 1890: 16) und als Grundlage für die gesetzmäßige sozialgeschichtliche Entwicklung vom Niederen zum Höheren verstanden wird.⁵ In abstrakter Verallgemeinerung sind fünf vorsozialistische Gesellschaftsformationen zu unterscheiden.⁶

Die Urgesellschaft ist gekennzeichnet durch das Gemeineigentum an Grund und Boden sowie die gemeinsame Produktion und Aneignung der Arbeitsergebnisse innerhalb von Gemeinschaften, die auf der Blutsverwandtschaft ihrer Mitglieder beruhen. Es gibt noch kein gesellschaftliches Mehrprodukt und daher keine sozialen Klassen. Erst die Entwicklung der Arbeitsproduktivität lässt ein Mehrprodukt entstehen und führt im Zuge zunehmender Arbeitsteilung zu privatem Kleineigentum und ersten Unterschieden des Reichtums (Engels 1892: 28, 1891a: 317, 1894: 96, 166).

Auch die frühen Klassengesellschaften oder „asiatischen Produktionsweisen“ beruhen auf dem Gemeineigentum an Grund und Boden. Agrikultur und Handwerk sind entwickelt und werden mit dem Ziel der Reproduktion der Familien und des Gemeinwesens in kleinen autarken Gemeinden, über die ein Oberhaupt herrscht, koordiniert. Politische Macht resultiert aus partiell notwendiger Kontrolle über die gemeinsam verrichtete Arbeit; so verlangt z.B. im Orient die Notwendigkeit, den Wasserverbrauch zu regulieren, das „Eingreifen einer zentralisierenden Staatsgewalt“, also das Auftreten einer besonders qualifizierten und privilegierten Gruppe, die ihre Stellung zur Bereicherung ausnutzt. Die daraus sich entwickelnde Verselbständigung Einzelner

⁵ Zur Problematik der Formationstheorie und der historischen Formationsanalyse siehe Naumann (1983); Tjaden (1990, 1990a).

⁶ In seinem berühmt gewordenen Vorwort 'Zur Kritik der Politischen Ökonomie' von 1859 unterscheidet Marx in „großen Umrissen ... asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen.“ (Marx 1859a: 9) Später ergänzt er mit Engels diese Stufenfolge nach den Erkenntnissen des Ethno- und Archäologen Lewis H. Morgan (1818-1881) um die Kategorie der Urgesellschaft (siehe Engels 1892: 28).

gegenüber der Gemeinde unterminiert schließlich deren Reproduktionsfähigkeit (Marx 1859: 376ff., 1890: 377ff.).

In der antiken Produktionsweise bestehen Gemeineigentum an Grund und Boden und Privateigentum nebeneinander. Das Gemeinwesen in den griechischen und römischen Sklavenhaltergesellschaften, das seinen freien Mitgliedern eine individuelle Entwicklung ermöglicht, basiert auf der privat organisierten Arbeit von Sklaven, die im Krieg rekrutiert werden. Infolge der Produktivkraftentwicklung und der Sklaverei als spezifischer Organisations- und Ausbeutungsform menschlicher Arbeitskraft wird nun bereits ein deutlich größeres Mehrprodukt erzeugt als zur Reproduktion und zum Erhalt der Gesellschaft nötig ist; die daher notwendigen Eroberungen und die Unterdrückung anderer Bevölkerungsgruppen verlangen eine kriegerische Organisation des gesamten Systems, die auf Dauer dessen Stabilität untergräbt (Marx 1859: 378ff.; Engels 1892: 157, 1894: 167f.).

Das private Eigentum weltlicher und geistlicher Feudalherren an Grund und Boden sowie die Abhängigkeit der Bauern von den Grundherren, ihre „Schollenbindung“, bilden die ökonomische Grundlage feudaler Klassengesellschaften. Die Bauern bewirtschaften selbständig und mit eigenen Produktionsmitteln das Land einerseits zur Subsistenz, andererseits um die mit außerökonomischen Mitteln erzwungene Feudalrente (Abgaben und Frondienste) aufbringen zu können. Die „Landverleihung gegen Leistung persönlicher Dienste und Abgaben“, das Lehnswesen, stellt das „Grundverhältnis der ganzen feudalen Wirtschaft“ dar (Engels 1891: 227, 1884: 396; Marx 1844: 505f.; Marx 1863: 391). Die großen Grundeigentümer (Krone, Kirche, Adel) beherrschen die übrige Bevölkerung nahezu absolut. Die Produktivkraftentwicklung, die sich materialisiert im Handwerk, im Handel, in den Städten, in Manufakturen und expandierenden Industriebetrieben, lässt im Schoß der feudalen Gesellschaft das Bürgertum als neue Klasse entstehen, das laut Engels im 15. Jahrhundert „bereits unentbehrlicher in der Gesellschaft geworden“ ist als der Feudaladel (Engels 1884: 392, 1894: 97; vgl. Marx 1890: 777ff.). Die „Ritter von der Industrie“ werden wirtschaftlich dominant, ehe sie in den Revolutionen des 16. bis 19. Jahrhunderts die „Ritter vom Degen“ von der politischen Bühne verdrängen und die bürgerliche Herrschaft etablieren (Marx 1890: 743, 1859: 397ff.; Marx/Engels 1848: 463ff.).

Den Klassengesellschaften der asiatischen, antiken und feudalen Produktionsweise ist nach Marx und Engels gemeinsam, dass die Herrschaftsverhältnisse unverschleiert sind und durch außerökonomischen Zwang aufrechterhalten werden müssen.

4. Bürgerliche Herrschaft

In der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sehen Marx und Engels die Produktionsmittel, die durch die „Expropriation der ländlichen Produzenten“ (Marx 1890: 744ff.) in die Verfügungsgewalt der Kapitalisten gelangten, als direkte „Beherrschungs- und Exploitationsmittel“ (Marx 1890: 674) über die Masse der Bevölkerung an, die lediglich ihre Arbeitskraft besitzt. Das System der Lohnarbeit macht die Arbeiter ‘doppelt frei’, weil sie nicht, wie Sklave oder Leibeigener, direkt zu den Produktionsmitteln gehören, sondern formal freie, gleichberechtigte Staatsbürger sind, und weil sie nicht mehr, wie noch der selbstwirtschaftende Bauer, über eigene Produktionsmittel verfügen. Aufgrund der spezifischen Verbindung von menschlicher Arbeitskraft und Technik im Kapitalismus schafft das Proletariat im Arbeitsprozess neuen Reichtum. Da der ‘Gebrauchswert’ der Arbeitskraft größer ist als ihr ‘Tauschwert’, entsteht ein ‘Mehrwert’, den der Produktionsmittelbesitzer sich als Profit einverleibt. Diese Aneignung des Mehrwerts und die kapitalistische Akkumulation um ihrer selbst willen bezeichnet Marx als den „Zweck der kapitalistischen Produktion“, das „absolute Gesetz dieser Produktionsweise“ (Marx 1890: 243, 647). Auf sie gründet er seine Ausbeutungs- und Entfremdungsproblematik. Der Proletarier verlässt den Produktionsprozess so, wie er in ihn eingetreten ist („entblößt von allen Mitteln, diesen Reichtum für sich zu verwirklichen“), wodurch seine eigene Arbeit schließlich zu einer ihm fremd gegenüberstehenden Macht wird, die ihn mehr und mehr beherrscht (Marx 1890: 89, 595f.; Marx/Engels 1932: 33). Durch diese Entfremdung und die Einführung der modernen Maschinerie kommt es im Laufe der kapitalistischen Entwicklung zu derartigen Produktivkraftsteigerungen, dass die Lohnarbeiter schließlich sogar in ihrer Existenz bedroht werden: Die Maschine wird zum „Konkurrenten des Arbeiters“, oder, wie Marx an anderer Stelle drastisch formuliert: „Das Arbeitsmittel erschlägt den Arbeiter.“ (Marx 1890: 455) Die Maschinisierung verengt die Qualität der Arbeitskraft, in immer größerem Umfang macht sie Arbeiter frei, ‘überflüssig’; es entsteht eine riesige industrielle Reservearmee, so dass mit dem Gebrauchswert der Arbeitskraft auch ihr Tauschwert erlischt, der Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert sinkt.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise vereinfachen sich laut Marx und Engels gegenüber den früheren Gesellschaftsformationen die Klassenverhältnisse. Die früher feststellbare „mannigfaltige Abstufung“ sozialer Stellungen weiche infolge der Trennung von Produktionsmittelbesitz und lebendiger Arbeit einer klaren Bipolarität: Die ganze Gesell-

schaft spaltet sich immer mehr in zwei Lager, Bourgeoisie und Proletariat, die sich als antagonistische Klassen gegenüberstehen (Marx/Engels 1848: 463). Die bürgerliche Herrschaft als Klassenherrschaft der Bourgeoisie über den Rest der Gesellschaft tritt nun aber nicht offen zutage, sondern im Unterschied zu allen vorhergehenden Herrschaftsformen verschleiert auf. Der außerökonomische Zwang kann entfallen, da ein unmittelbarer ökonomischer Zwang (nämlich die Notwendigkeit des Verkaufs der Arbeitskraft an den Kapitalisten, um überleben zu können) existiert. Unter dem Schein des freiwilligen Austausches formal freier und gleichberechtigter Individuen verhüllt sich die dem Kapitalismus innewohnende Ausbeutung und reproduziert sich die bürgerliche Herrschaft.

Die sozio-ökonomischen Verhältnisse bilden für Marx und Engels also die Grundlage der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, die sich in der parlamentarischen Republik vollende. Aufgrund der Entstehungsgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft kommen sie zu der Erkenntnis, dass sich in ihr Unternehmerinteressen sowohl gegenüber anderen Klassen als auch gegenüber bürgerlichen Partialinteressen durchsetzen (Marx 1869: 177). Der 'Reichtum' übt hier seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus, indem er die Bedingungen der Herrschaftsordnung materiell und ideologisch reproduziert.

Zugleich weiß die herrschende bürgerliche Klasse, dass der 'Demokratismus' der Republik die Grundlagen der „Diktatur der Bourgeoisie“⁷ untergraben kann. Für das zur Herrschaft gelangte Bürgertum würden „alle sogenannten bürgerlichen Freiheiten und Fortschrittsorgane“ sowie das parlamentarische Regime in dem Maße „sozialistisch“, wie sie von Kritikern der bestehenden Ordnung für ihre Zwecke genutzt werden könnten. Insbesondere in wirtschaftlichen und politischen Krisensituationen, so Marx und Engels, wenn das Bürgertum in einem „Gefühl der Schwäche“ direkt mit den unterjochten Klassen konfrontiert sei, sehnt es sich nach „unentwickelteren“ Formen politischer Herrschaft. Jetzt muss, „um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unverseht zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen“ und die Spielregeln der bürgerlich-demokratischen Republik außer Kraft gesetzt werden (Marx 1869: 153f.). Dazu kommen ihr der bürgerliche Staat und das bei ihm angesiedelte Gewaltmonopol entgegen.

⁷ Marx und Engels (sowie später Lenin) gebrauchen den Begriff der Diktatur „unabhängig von den politischen Formen der Herrschaft, nur im Sinne des Grundbegriffs der *Klassenherrschaft*.“ (Schleifstein 1983: 89f.)

5. Die Rolle des Staats

Der Staat ist für Marx und Engels keine der Gesellschaft von außen aufgezogene Institution, sondern Produkt und Eingeständnis unlösbarer sozialer Widersprüche, Ausdruck dafür, dass sich die Gesellschaft in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat.⁸ Entsprechend verhält sich der Staat – obwohl er sich gegenüber der gesellschaftlichen Basis verselbständigt hat – nur scheinbar neutral gegenüber den sozialen Gruppen und Klassen. Tatsächlich manifestieren sich in der Gestalt des Staates die Herrschaftsverhältnisse der Gesellschaft, denn er schützt die Interessen der jeweils herrschenden Klasse – im Kapitalismus die der Bourgeoisie. Ihr diene er als Instrument, um die wirtschaftliche Ausbeutung mittels politischer Herrschaft abzusichern. Da die Bourgeoisie nicht direkt herrschen könne, benötige sie den Staat. Marx und Engels bezeichnen im ‘Kommunistischen Manifest’ von 1848 die moderne Staatsgewalt der marktwirtschaftlichen Industriegesellschaften als „Auschuß“, welcher die gemeinsamen Geschäfte der ganzen „Bourgeoisieklasse“ verwalte. Dreißig Jahre später beschreibt Engels den Staat als „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Marx/Engels 1848: 464; Engels 1891: 222).

Der Staat, wie Recht und Gesetz zum Überbau der Gesellschaft gehörig, entsteht also auf der Basis der jeweiligen ökonomischen Grundstrukturen von Gesellschaften (Marx/Engels 1932: 311ff.). Ihm kommt zum einen die Aufgabe zu, die Interessen der herrschenden Klasse gegen innere und äußere Bedrohungen zu schützen, zum anderen nimmt er allgemeine Verwaltungsaufgaben für die Gesellschaft wahr, ist er organisierte gesellschaftliche Amtstätigkeit. Das von Berufsjuristen geschaffene, mittels Staatsgewalt durchgesetzte Recht und die „höher in der Luft schwebenden ideologischen Gebiete“ wie Religion, Philosophie etc. dienen der Reproduktion von Herrschaft. Marx und Engels erscheint es verständlich, dass diejenigen, die über die Mittel verfügen, den Inhalt einer Geschichtsepoche zu bestimmen, dies tun: „Die Gedanken der Herrschenden sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht.“ (Marx/Engels 1932: 46; vgl. Marx 1859: 82).

Zur Aufrechterhaltung von Macht und Herrschaft bedarf es nicht unbedingt ständiger Gewalt. Engels kritisiert die Auffassung von Dühring, der Herrschaftsverhältnisse auf Gewalt zurückführen will, mit dem Hinweis, dass es ein wesentliches Kennzeichen aller bisherigen Herrschaftsformen gewesen

⁸ Zur Evolution der Staatsauffassung bei Marx und Engels siehe Schleifstein (IMSF 1981a: 49–85).

sei, dass die Beherrschten zu allen Zeiten zahlreicher gewesen seien als die Herrschenden. Allein dies zeige die „Torheit“ dieses Erklärungsversuchs mit Hilfe einer „Gewaltstheorie“ (Engels 1894: 166). Gewalt bei Eroberungen, Kriegen und Unterdrückung, kurz als „Vollzugsform der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit“ leugnen Marx und Engels nicht, aber sie führen sie auf ihre ökonomische Voraussetzung zurück. „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.“ (Marx 1890: 779)

6. Abbau von Macht

Macht ist für Marx und Engels nicht per se verurteilenswert oder reaktionär. Vielmehr sind Macht und Gewalt in der Geschichte immer wieder notwendig gewesen, um dem historischen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen. Für die jeweilige Bewertung von Machtverhältnissen muss ihr sozialer Inhalt, der sich über die Herrschaftsanalyse erschließt, berücksichtigt werden. Mit ihrer Gesellschaftskritik verbinden Marx und Engels dennoch eine systemtranszendierende Perspektive, die nicht nur auf die Beendigung bestehender Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse (und darin sich ausdrückender Macht- und Herrschaftsstrukturen), sondern langfristig auf den Abbau politischer Macht überhaupt zielt.⁹ Im industriellen Proletariat erkennen sie das Subjekt, dessen historische Aufgabe es ist, der Menschheit das Reich der Freiheit zu erobern (Marx/Engels 1848: 462; Engels 1847a: 363f., 1983: 364f.). So, wie in den ökonomischen Strukturen des Feudalismus das Bürgertum als Klasse gewachsen ist, welches schließlich die überkommenen Verhältnisse durch fortschrittliche, bürgerlich-kapitalistische ersetzt hat, so wächst in der bürgerlichen Gesellschaft mit der Entwicklung der kapitalistischen Industrie notwendig eine neue progressive Klasse heran: die Arbeiterklasse „an sich“. Durch die Organisation in Gewerkschaften und Arbeiterparteien, durch theoretische Bildung und praktische Erfahrungen in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen reift das Proletariat schließlich zur Klasse „für sich“, es kämpft aktiv für seine Interessen und wird so zur Avantgarde aller auf mehr Demokratie zielenden Bewegungen (Marx 1890: 604).

⁹ Kaum beachtet, aber ganz richtig schrieb Jäger (1983: 124): „Marx hat nicht dem Kampf *um*, sondern dem Kampf *gegen* die Macht seine Feder geliehen.“

Reformen lehnen Marx und Engels keineswegs ab, aber sie akzentuieren deren Grenzen, indem sie ihre problematischen Seiten benennen.¹⁰ Das Proletariat muss um Reformen kämpfen, um seine Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, um Erfahrungen im Klassenkampf zu sammeln und um das 'Kampfterrain' für seine revolutionäre Emanzipation zu erobern.¹¹ Reformen betrachten sie als Mittel, einem revolutionären Zustand näherzukommen, da nur das in politischen Auseinandersetzungen erfahrene Proletariat revolutionäre Krisen in der Gesellschaft zu erkennen und zur Eroberung der politischen Macht zu nutzen vermag (Engels 1847: 313ff.).

Die Widersprüche zwischen den progressiven Produktivkräften und den überkommenen Produktionsverhältnissen, die soziale Not der Arbeitenden und die Tendenz zu ihrer Verelendung werden nach Marx und Engels zu Situationen führen, in denen sich das Proletariat erhebt, die politische Macht erobert und mittels dieser den Kapitalisten die Produktionsmittel entreißt, um seine Interessen durchzusetzen. Als unmittelbare Folge dieser Revolution erwarten Marx und Engels eine Qualitätsänderung der Macht und der materiellen Gewalt: Erstmals in der Geschichte wird eine herrschende Minderheit von der Mehrheit des Volkes abgelöst. Diese Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit auf der Basis nicht-antagonistischer Produktionsverhältnisse sowie die zur Erreichung dieses Zustandes gegebenenfalls notwendige revolutionäre Gewalt halten sie für legitim (Marx 1844a: 385).

Marx und Engels glaubten, dass die proletarische Revolution als eine internationale, sozialistische Weltrevolution prinzipiell friedlich vollzogen werden könnte, erwarteten aber, dass in Anbetracht einer drohenden Erhebung des Proletariats die besitzenden Klassen die Staatsmacht „als das nationale Kriegswerkzeug“ einsetzen und versuchen würden, die Umwälzung gewaltsam aufzuhalten. Die Erfahrungen ihrer Zeit – nicht zuletzt die blutige Niederschlagung der Pariser Kommune 1871 – lieferten Beispiele für diese Annahmen. Um so mehr betonten sie die Notwendigkeit, dass die Arbeiterklasse den alten Staatsapparat nicht einfach übernehmen dürfe, sondern zerstören und einen neuen Staat, die „Diktatur des Proletariats“, errichten müsse (Engels 1891b: 623). In der Pariser Kommune erkannten sie den ersten Versuch, eine solche 'Diktatur' zu etablieren: Stehendes Heer und Polizei wurden durch das bewaffnete Volk (Volksmilizen) ersetzt; nach allgemeinem Stimmrecht wurden verantwortliche und jederzeit absetzbare Stadträte (imperatives

¹⁰ Kraiker unterliegt m.E. einer mechanistischen Interpretation, wenn er behauptet, Marx und Engels negierten die kleinen Schritte in der Politik (vgl. Kraiker 1996: 78).

¹¹ Vgl. Engels' Kommentar zur Auseinandersetzung um den Zehnstundentag in England 1847/50 (Engels 1850: 233-243).

Mandat) gewählt; die Gewaltenteilung wurde aufgehoben, da die Kommune zugleich legislative und exekutive Körperschaft war; Beamte und Richter wurden gewählt und waren jederzeit absetzbar; die „Pfaffenmacht“ war gebrochen, Unterricht und Wissenschaft „für jedermann zugänglich“ und „von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt“ (Marx 1891: 338f.).

Dieser „Regierung der Arbeiterklasse“ werden im wesentlichen drei Funktionen zugeschrieben: Erstens muss sie zur Verteidigung der Revolution die gegenrevolutionären Kräfte unterdrücken; zweitens muss sie die ökonomische Befreiung der Arbeit einleiten, indem sie in einem ersten Schritt die Produktionsmittel in Staatseigentum verwandelt; drittens obliegt es ihr, die Selbsterziehung der Arbeiterklasse zu gewährleisten und die Entfaltung einer proletarischen Demokratie zu fördern. Marx bezeichnete die Kommune entsprechend als „Selbstregierung der Produzenten“. Durch die neuartige Organisationsstruktur, die sich bis in das kleinste Dorf erstreckt, bleiben der Zentralregierung nur wenige wichtige Funktionen, die an „streng verantwortliche Beamte“ übertragen wurden. Marx und Engels betonten gerade den radikalen Dezentralismus und befürworteten keineswegs einen ‘demokratischen Zentralismus’ (Marx 1891: 339f.).

In der langwierigen Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, die Marx und Engels sich als „*revolutionäre Diktatur des Proletariats*“ (Marx 1875: 28) vorstellten, werden die sozialen Gegensätze schließlich aufgehoben und die Klassenspaltung der Gesellschaft überwunden. Es gebe immer weniger zu unterdrücken, die Repressionsgewalten und der Staat werden immer überflüssiger (Engels 1894: 262). Durch die neue Organisation der Produktionsverhältnisse auf der Grundlage der freien und gleichen Assoziation der Produzenten stirbt der Staat langsam ab, wird versetzt „ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt“ (Engels 1892: 168). Mit der Inbesitznahme der Produktionsmittel und der planmäßigen Organisation der Produktion fangen die Menschen an, die Natur und die gesellschaftlichen Beziehungen nach ihren Bedürfnissen bewusst zu gestalten und wirklich zu beherrschen, so dass an die Stelle der alten Klassengesellschaft eine „Assoziation“ tritt, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels 1848: 482) Erst von diesem Punkte an könnten die Menschen mit vollem Bewusstsein Geschichte machen. „Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ (Engels 1894: 264), mit dem alle Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufgehoben sind.

7. Schlussbemerkungen

Marx und Engels haben den „bösen Blick“ in die Sozialwissenschaften eingeführt. Mit ihm erkannten sie in Klassengesellschaften die Grundlagen von Macht und Herrschaft und zeigten Wege zur Überwindung der Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse auf. Ihre Analysen, die dialektisch-materialistische Denkart und ihre beißende Gesellschaftskritik gaben den historisch orientierten Gesellschaftswissenschaften vielfältige neue Impulse. Von Marx und Engels lässt sich lernen, Zusammenhänge zwischen den ökonomischen und politischen Verhältnissen einer Gesellschaft zu analysieren, in den je besonderen Arbeits- und Lebensformen der Menschen die Grundbedingungen für Abhängigkeits-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu erkennen, die Wirkungsmächtigkeit von ökonomischen Interessen und Massenbewegungen zu untersuchen, die Unterdrückungspotentiale des Staats und den Schein seiner Mittlerfunktion aufzudecken sowie dessen institutionelle und ideologische Bedeutung für die Reproduktion und Aufrechterhaltung von Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft freizulegen. In den dabei geprägten Verfahren erkennt Jürgen Kocka die größte Bedeutung von Marx in der „Interessenanalyse, Ideologiekritik, der Frage nach den Herrschaftsfunktionen ökonomischer und gesellschaftlicher Phänomene, der Sensibilität für gesellschaftliche Ungleichheit und dem Blick für ihre Historizität ..., der Frage nach dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, nach dem Verhältnis von Wirtschaft, Politik und Kultur, der analytischen Grundhaltung mit emanzipatorischer Absicht.“ Diese „Verfahren und Zugriffe sind Grundbestand demokratischer Politik wie kritischer Sozialwissenschaft ... Von niemandem lernt man sie besser als von *Marx*“ (Kocka, in: IMSF 1982: 365) – und Engels, wie getrost hinzugefügt werden kann.

Dass Marx und Engels aktuelle Autoren sind, zeigt „die erlebte Wirklichkeit“, die sich ihren Voraussagen nähert (Henning 2006: 1): tägliches Massensterben aus Hunger und Armut bei steigendem Reichtum, Erwerbs- und Perspektivlosigkeit einer wachsenden Zahl „Anteilsloser“ (Žižek 2009), private Aneignung historischer Bankengewinne, „Rettung“ von Banken und Beruhigung der Finanzmärkte mit allgemeinen Steuermitteln, weiterer Sozialabbau als Antwort auf die Finanzkrise und Unterdrückung sozialer Proteste mit staatlicher Gewalt. Wo seit 1989/90 „demokratische Revolutionen“ Partei-, Polizei- oder Militärdiktaturen beseitigen, führen sie nicht zu „Volks-herrschaft“, sondern zu parlamentarisch-repräsentativen Demokratien, deren vornehmste Aufgabe darin besteht, die freie Bewegung des internationalen Kapitals zu legitimieren, als „alternativlos“ erscheinen zu lassen und rechtlich

wie institutionell abzusichern. In den älteren, bereits vor 1989 bestehenden „westlichen Demokratien“ sind seitdem Partizipationsmöglichkeiten abgebaut und Hierarchien verstärkt worden. In Deutschland ist dies besonders an Schulen und Universitäten zu sehen. Demokratie- und Bildungsabbau gehen Hand in Hand. Die analytischen Instrumente von Marx und Engels könnten helfen, aktuelle Entwicklungen zu begreifen und Alternativen zu entwickeln. Jedoch blieb bislang die Chance ungenutzt, nach dem Zusammenbruch der ‘realsozialistischen’ Gesellschaften die Schriften von Marx und Engels weder als Feindbild noch als Legitimationswissenschaft weiter zu instrumentalisieren, sondern sie vorurteilslos neu zu lesen und zu interpretieren, um radikale Analyse und revolutionäre Bewegung zusammen zu führen. Wenn Alain Badiou (2010: W2) erklärt, man müsse bei der Belebung der Idee des Kommunismus „bei null anfangen“, mutet das geradezu optimistisch an.

Literatur

- Badiou, A. (2010): „Wieder bei null anfangen.“ Interview von Jürgen Reents mit Alain Badiou, in: Neues Deutschland, 18./19.12.2010, S. W2.
- Becker, U. (1986): Kapitalistische Dynamik und politisches Kräftespiel. Zur Kritik des klassentheoretischen Ansatzes, Frankfurt/M.
- Berthold, W. (1983): Zu den ‘Altersbriefen’ von Friedrich Engels. Bilanz und Orientierung der marxistischen Geschichtswissenschaft, in: Storia della Storiografia, Heft 4, S. 113-117.
- Beyme, K. von (1968): Herrschaftsformen, in: C.D. Kernig u.a. (Hrsg.): Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Band II, Freiburg, S. 1218-1231.
- Beyme, K. von / C.D. Kernig (1971): Macht, in: C.D. Kernig u.a. (Hrsg.): Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Band IV, Freiburg, S. 235-259.
- Braun, K.-H. (1978): Einführung in die Politische Psychologie. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem und individuellem Subjekt, Köln.
- Eagleton, Terry (2011): Why Marx Was Right, Cambridge.
- Engels, F. (1847): Die Kommunisten und Karl Heinzen, in: MEW, Bd. 4, Berlin, 1977, S. 309-324.
- Engels, F. (1847a): Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, Berlin, 1977, S. 361-380.
- Engels, F. (1875): Brief an Bebel (London, 18./28. März 1875), in: MEW, Bd. 19, Berlin, 1982, S. 1-9.
- Engels, F. (1883): Zum Tode von Karl Marx, in: MEW, Bd. 19, Berlin, 1982, S. 340-347.
- Engels, F. (1884): Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: MEW, Bd. 21, Berlin, 1981, S. 392-401.

- Engels, F. (1884a): Engels an August Bebel in Plauen bei Dresden (London, 18. Nov. 1884), in: MEW, Bd. 36, Berlin, 1967, S. 238-241.
- Engels, F. (1887): Die Arbeiterbewegung in Amerika (Vorwort zur amerikanischen Ausgabe der 'Lage der arbeitenden Klasse in England'), in: MEW, Bd. 2, Berlin, 1970, 629-636.
- Engels, F. (1890): Engels an Joseph Bloch in Königsberg (London, 21. Sept. 1890), in: MEW, Bd. 37, Berlin, 1967, S. 462-465.
- Engels, F. (1890a): Engels an Conrad Schmidt in Berlin (London, 27. Okt. 1890), in: MEW, Bd. 37, Berlin, 1967, S. 488-495.
- Engels, F. (1891): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd. 19, Berlin, 1982, S. 177-228.
- Engels, F. (1891a): Die Mark, in: MEW, Bd. 19, Berlin, 1982, S. 315-330.
- Engels, F. (1891b): Einleitung zu Karl Marx' 'Bürgerkrieg in Frankreich', in: MEW, Bd. 17, Berlin, 1979, S. 615-625.
- Engels, F. (1892): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21, Berlin, 1981, S. 25-173.
- Engels, F. (1894): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, Berlin, 1983, S. 5-303.
- Engels, F. (1850): Die englische Zehnstundenbill, in: MEW, Bd. 7, Berlin, 1982, S. 233-243.
- Faber, K.-G. / K.-H. Ilting / C. Meier (1982): Macht, Gewalt, in: O. Brunner / W. Conze / R. Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart, S. 817-935.
- Fetscher, I. (1976): Grundbegriffe des Marxismus. Eine lexikalische Einführung, Hamburg.
- Fleischer, H. (1969): Marxismus und Geschichte, Frankfurt/M.
- Henning, J.C. (2006): Sammelrezension Neuerscheinungen über Karl Marx, in: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-3-178>> (11.9.2006).
- Hofmann, W. (1967): Was ist Stalinismus? Heilbronn, 1984.
- Hofmann, W. (1969): Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfadens für Lehrende, Reinbek.
- IMSF (Hrsg.) (1981): Ökonomische Gesellschaftsformationen, Frankfurt/M.
- IMSF (Hrsg.) (1981a): Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Staatsdiskussion und Staatstheorie, Frankfurt/M.
- IMSF (Hrsg.) (1982): Was bedeuten für Sie Karl Marx und sein Werk heute? 16 Antworten auf eine Umfrage des IMSF, in: '... einen großen Hebel der Geschichte'. Zum 100. Todestag von Karl Marx. Aktualität und Wirkung seines Werks, Frankfurt/M., S. 352-376.
- Jäger, M. (1983): Kommunismus kommt von kommunal. Zum impliziten Machtbegriff bei Marx, in: D. Albers u.a., Aktualisierung Marx', Berlin, S. 124-144.
- Klaus, G. / M. Buhr (Hrsg.) (1976): Philosophisches Wörterbuch, Leipzig.
- Klenner, H. (1990): Macht / Herrschaft / Gewalt, in: H.J. Sandkühler (Hrsg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 3, Hamburg, S. 114-121.
- Kraiker, G. (1996): Theorie von Karl Marx / Friedrich Engels. Gegen Dogmatisierung und Marginalisierung, in: F. Neumann (Hrsg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Band 2, Opladen, S. 75-110.

- Kromphardt, J. (1980): Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus – Von seiner Entstehung bis zur Gegenwart, Göttingen.
- Kumpf, R. (1983): Schlag nach bei Marx, Frankfurt/M.
- Labica, G. / G. Bensussan (Hrsg.) (1985): Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Berlin.
- Lotter, K. / R. Meiners / E. Treptow (Hrsg.) (1984): Marx-Engels Begriffslexikon, München.
- Martin, H.-P. / Schumann, H. (1996): Die Globalisierungsfälle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek.
- Marx, K. (1843): Briefe aus den 'Deutsch-Französischen Jahrbüchern', in: MEW, Bd. 1, Berlin, 1978, S. 337-346.
- Marx, K. (1844): Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW Ergänzungsband. Schriften, Manuskripte, Briefe bis 1844. Erster Teil, Berlin, 1968, S. 465-588.
- Marx, K. (1844a): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, Berlin, 1978, S. 378-391.
- Marx, K. (1859): Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858. Anhang 1850-1859, Berlin, 1953.
- Marx, K. (1859a): Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, Berlin, 1978, S. 3-160.
- Marx, K. (1863): Theorien über den Mehrwert, in: MEW, Bd. 26/3, Berlin, 1968.
- Marx, K. (1869): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin, 1978, S. 111-207.
- Marx, K. (1875): Kritik des Gothaer Programm, in: MEW, Bd. 19, Berlin, 1982, S. 11-32.
- Marx, K. (1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 23, Berlin, 1979.
- Marx, K. (1891): Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW, Bd. 17, Berlin, 1979, S. 313-365.
- Marx, K. (1894): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 25, Berlin, 1980.
- Marx, K. (1895): Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, Berlin, 1978, S. 9-107.
- Marx, K. / F. Engels (1848): Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin, 1977, S. 459-493.
- Marx, K. / F. Engels (1932): Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, Berlin, 1978, S. 9-530.
- Naumann, K. (1983): Ökonomische Gesellschaftsformation und historische Formationsanalyse, Köln.
- Petzold, J. (1990): Diktatur, in: H.J. Sandkühler (Hrsg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 1, Hamburg, S. 578-579.
- Reheis, F. (2011): Wo Marx Recht hat, Darmstadt.
- Roth, K.-H. (2009): Die globale Krise, Hamburg.
- Sandkühler, H. J. (1983): Sachregister zu den Werken von Karl Marx und Friedrich Engels, Köln.
- Scharang, M. (2011): Das rasante Tempo des langsamen Niedergangs. Ein Manifest, in: Konkret, H. 2, S. 12-14.

- Schleifstein, J. (1983): Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin, München.
- Tjaden, K.H. (1990): Formationstheorie, in: H.J. Sandkühler (Hrsg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 2, Hamburg, S. 88-93.
- Tjaden, K.H. (1990a): Gesellschaftsformation, ökonomische, in: H.J. Sandkühler (Hrsg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 2, Hamburg, S. 400-405.
- Weizsäcker, E.U. von (1997): Die Gruppe von Lissabon. Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München.
- Žižek, S. (2009): Auf verlorenem Posten, Frankfurt/M.